Liebe Leserinnen und Leser,  
  
liebe Interessierte an einer neuen Handelspolitik,  
  
Ende April veröffentlichte der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein lange  
erwartetes Gutachten zum EU-Kanada-Abkommen CETA. Der EuGH musste die  
Frage beantworten, ob die in CETA vorgesehene  
Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit (ICS bzw. ISDS) mit dem EU-Recht  
vereinbar ist. \*Der Gerichtshof beantwortete die Frage mit „Ja“ und hat  
damit den Weg freigemacht für Sonderklagerechte für Konzerne. \*  
  
Damit steht fest: Wenn die Parlamente aller EU-Mitgliedsstaaten CETA  
ratifiziert haben, können in Kanada ansässige Konzerne EU-Staaten auf  
Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe verklagen, wenn sie ihre  
Profite durch Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher\*innen oder der Umwelt  
gefährdet sehen. Umgekehrt können europäische Konzerne auch Kanada  
verklagen.  
  
\*Als Netzwerk Gerechter Welthandel enttäuscht uns das Urteil des EuGH  
sehr, wir lassen uns davon jedoch von unserem Einsatz gegen neoliberale  
Handelsabkommen, gegen Sonderklagerechte für Konzerne und gegen die  
Ratifizierung von CETA nicht abbringen.\* Denn einerseits sind die  
juristischen Fragen zur Schiedsgerichtsbarkeit noch nicht restlos  
geklärt, andererseits enthält das Abkommen zahlreiche weitere  
problematische Inhalte. Bis zur vollständigen Ratifizierung des  
Abkommens sind noch einige Hürden zu überwinden – diese wollen wir für  
unseren Gegenwind nutzen!  
  
Weitere Informationen zur EuGH-Entscheidung sowie zu weiteren aktuellen  
handels- und investitionspolitischen Ereignisse sowie Hinweise auf  
relevante Publikationen und Termine erhalten Sie in diesem Newsletter.  
  
  
\*+ + + CETA bleibt eine Gefahr für Umwelt- und Verbraucherschutz,  
Sozialstandards und Demokratie + + + \*  
  
Mit seinem Urteil vom 30. April hat der Europäische Gerichtshof (EuGH)  
den Weg freigemacht für Sonderklagerechte von Konzernen in  
EU-Handelsabkommen, die dem Streitschlichtungsmechanismus im  
CETA-Abkommen (ICS) entsprechen. Doch damit ist unsere Kritik an dieser  
Paralleljustiz sowie an CETA keineswegs überflüssig geworden. Denn \*CETA  
ist und bleibt ein schlechtes Abkommen\*, wie wir in unserer  
Pressemitteilung  
<[2019/04/30/ceta-eugh-pm/">https://www.gerechter-welthandel.org/2019/04/30/ceta-eugh-pm/](https://www.gerechter-welthandel.org/%3cspan%20class=)>  
darlegten: Es schränkt den Handlungsspielraum von Kommunen ein und  
gefährdet die öffentliche Daseinsvorsorge. Es schützt das  
Vorsorgeprinzip nur unzureichend und genügt nicht den Ansprüchen an ein  
nachhaltiges Abkommen, das Umwelt- und Klimaschutz vorantreibt und  
Menschenrechte respektiert. Kurzum: „Da können nur Investoren jubeln“,  
schrieb Alessa Hartmann von PowerShift in einem Gastbeitrag in der taz  
<<https://www.taz.de/Gastkommentar-EuGH-Urteil-zu-Ceta/!5590065/>>.  
  
\*„Nicht alles was legal ist, ist auch gut“\*, kommentierte das  
Umweltinstitut München  
<<http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2019/ceta-laut-eugh-mit-europaeischen-vertraegen-vereinbar.html>>  
die Entscheidung des EuGH. Und Roman Huber, Bundesvorstand von Mehr  
Demokratie  
<<https://www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/news/eugh-sieht-paralleljustiz-in-ceta-als-unproblematisch-jetzt-ist-die-politik-am-zuge/>>,  
wies darauf hin, dass „nach der juristischen Entscheidung die Politik  
wieder am Zuge“ ist: „\*CETA muss noch in 16 Mitgliedstaaten ratifiziert  
werden\*. In Deutschland steht außerdem noch eine Entscheidung des  
Bundesverfassungsgerichts aus.“  
  
Die NaturFreunde Deutschlands  
<<https://www.naturfreunde.de/eugh-gutachten-zu-ceta-schiedsgerichten-ist-nicht-plausibel>>  
appellieren insbesondere an die Grünen und Linken, die die Proteste  
gegen TTIP und CETA in der Vergangenheit immer unterstützt haben: „In  
den nächsten Monaten und Jahren geht es darum, die Ratifizierung von  
CETA im Deutschen Bundestag und im Bundesrat zu verhindern. \*Von den  
Bundesländern, in denen Grüne und Linke mitregieren, erwarten die  
NaturFreunde Deutschlands, dass sie im Bundesrat einer  
CETA-Ratifizierung nicht zustimmen werden.\*“  
   
  
Auch für die juristischen Diskussionen über die Zukunft des  
Investitionsschutzes ist die Entscheidung des EuGH von großer Bedeutung.  
Das Gutachten „stärkt [...] die Bemühungen der EU-Kommission, einen  
Multilateralen Investitionsgerichtshof auf globaler Ebene zu etablieren  
und bestätigt die Kommission in ihrem Ansatz, in CETA den ‚Golden  
Standard‘ zu sehen“, schrieb der Völkerrechtler Markus Krajewski in  
seinem  Beitrag im Verfassungsblog  
<<https://verfassungsblog.de/ist-ceta-der-golden-standard-eugh-haelt-ceta-gericht-fuer-unionsrechtskonform/>>.  
\*Mit dem Gutachten gibt der EuGH demnach nicht nur seinen Segen für  
CETA, sondern auch für die Ausweitung des EU-Investitionsschutzregimes  
durch die Errichtung eines globalen Investitionsgerichtshofes.\* Diese  
Ausweitung gilt es jedoch zu verhindern! Wir brauchen nicht mehr  
Sonderrechte und mehr Zugänge zu einer Paralleljustiz für Konzerne,  
sondern ein globales System, das Konzerne in die Pflicht nimmt und  
stattdessen Mensch und Umwelt schützt.  
  
\*In den nächsten Monaten werden wir daher unsere Aktivitäten zur  
Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“  
<<https://stopisds.org/de/>>\* \*intensivieren\*. Über 560.000 Menschen haben  
bereits die Petition unterschrieben – helfen Sie mit, dass wir vor den  
EU-Wahlen 600.000 Unterschriften erreichen! \*Anregungen und Ideen, wie  
Sie über die Online-Petition hinaus in der Kampagne aktiv werden und  
sich gegen Sonderklagerechte für Konzerne engagieren können, finden Sie  
in einem aktuellen Blog-Beitrag  
<<https://stopisds.org/de/fuenf-wege-um-aktiv-gegen-isds-unternehmensstraflosigkeit-vorzugehen/>>\*.  
   
  
\*+ + + Appell an die hessischen Grünen: Nein zu CETA! + + + \*\*\*  
  
Am letzten Samstag trafen sich die hessischen Grünen zur  
Landesmitgliederversammlung in Frankfurt. \*Die hessischen Bündnisse im  
Netzwerk Gerechter Welthandel waren gemeinsam mit Greenpeace vor Ort und  
erinnerten mit einem Offenen Brief und Bannern daran, dass es \*– neben  
den Sonderklagerechten für Konzerne – \*noch zahlreiche gute und wichtige  
Gründe gibt, CETA abzulehnen. \*  
  
Auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung standen zwei Anträge zu  
CETA: Der eine rechtfertigte den bisherigen Schlingerkurs „Nein zu CETA,  
aber kein Nein zu CETA im Bundesrat“, der andere Antrag forderte  
Gespräche mit dem Koalitionspartner CDU ein, um eine Enthaltung im  
Bundesrat zu erreichen. Trotz eindeutiger Appelle im Saal „Echte Grüne  
würden Gen-Lachs stoppen! Nein zu CETA!  
<<https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft-wirtschaft/handelsabkommen/farbe-bekennen>>“  
und der persönlichen Aufforderung an den grünen hessischen  
Wirtschaftsminister „Tarek, bleib grün!“ \*stimmte die eindeutige  
Mehrheit der Mitgliederversammlung dafür, als „verlässliche Partei“ den  
im Koalitionsvertrag mit der CDU festgelegten Kurs nicht zu verlassen.  
Es ist also davon auszugehen, dass die hessischen Grünen das Abkommen im  
Bundesrat nicht scheitern lassen. \*Die Frankfurter Rundschau  
<<https://www.fr.de/frankfurt/parteitag-frankfurt-sigrid-erfurth-philip-kraemer-sind-neue-parteichefs-gruenen-hessen-12273929.html>>  
berichtete über die Mitgliederversammlung und die Proteste gegen CETA.  
  
Alle Informationen zum Offenen Brief der lokalen Bündnisse und  
Initiativen gibt es unter www.ceta-im-bundesrat.de  
<<https://www.ceta-im-bundesrat.de/>>. \*In Kürze wird es dort auch für  
weitere Gruppen und Einzelpersonen möglich sein, den Offenen Brief  
online zu unterstützen.\*  
   
  
\*+ + + Wahlprüfsteine zur Europawahl + + + \*  
  
Schon Ende nächster Woche wird das neue EU-Parlament gewählt. \*Welche  
Handels- und Investitionspolitik ist von den Parteien und Kandidat\*innen  
in der kommenden Legislaturperiode zu erwarten?\* Welche Partei steht für  
ein „Weiter so“ der neoliberalen Globalisierung, welche Partei setzt  
sich für einen global gerechten und solidarischen Welthandel ein? Wir  
haben nachgefragt und die Antworten der Parteien auf unserer Webseite  
<[2019/04/18/wahlpruefsteine-zur-eu-wahl-wie-stehen-die-parteien-zur-handels-und-investitionspolitik">https://www.gerechter-welthandel.org/2019/04/18/wahlpruefsteine-zur-eu-wahl-wie-stehen-die-parteien-zur-handels-und-investitionspolitik](https://www.gerechter-welthandel.org/%3cspan%20class=)>  
veröffentlicht.  
  
Wer sich dafür einsetzen will, dass der Einfluss von Konzernen in der  
EU-Politik – beispielsweise beim Aushandeln von Handelsabkommen –  
zurückgeht und stattdessen die Zivilgesellschaft gestärkt wird, kann  
sich an der aktuellen Kampagne „Europa nicht den Konzernen überlassen!“  
<<https://www.lobbycontrol.de/2019/03/europa-nicht-den-konzernen-ueberlassen/>>  
von LobbyControl beteiligen.   
  
\*+ + + Verfassungsbeschwerde gegen EU-Singapur + + + \*  
  
Ein Bündnis aus \*Mehr Demokratie\*, \*Campact\* und \*foodwatch\* reichte  
gestern eine Verfassungsbeschwerde gegen das EU-Singapur-Handelsabkommen  
(EUSFTA) ein. \*13.303 Bürgerinnen und Bürger hatten sich der  
Verfassungsbeschwerde unter dem Motto „Für demokratische  
Handelsabkommen: Stop EU Only!“ angeschlossen.\* Denn mit dem Abschluss  
dieses Abkommens ohne die Beteiligung der Parlamente der Mitgliedstaaten  
überschreitet die Europäische Union ihre Zuständigkeiten. Denn die EU  
setzt darin ein Ausschuss-System ein, so genannte Vertragsgremien. Diese  
werden völkerrechtlich bindende Beschlüsse fassen – ohne  
parlamentarische Kontrolle und damit an den Bürgerinnen und Bürgern  
vorbei. Das EU-Singapur-Abkommen steht dabei exemplarisch für eine neue  
Art der Freihandelsabkommen, an denen der Bundestag nicht beteiligt ist.  
\*Solche demokratisch nicht-legitimierten Handelsabkommen bestimmen  
maßgeblich unser Leben mit, sei es bei der Kennzeichnung von  
Lebensmitteln oder der Liberalisierung von Dienstleistungen. \*  
  
Die Verfassungsbeschwerde richtet sich keineswegs „gegen die Europäische  
Union und auch nicht gegen internationalen Handel“, sagte Roman Huber,  
Bundesvorstand von Mehr Demokratie, in der gemeinsamen Pressemitteilung  
<<https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Stop_EU-only/2019-05_16_PM_Verfassungsbeschwerde_EU-Singapur-Abkommen.pdf>>.  
„Gerade weil wir für Europa sind, kritisieren wir die neuen europäischen  
Handelsverträge“, so Thilo Bode, Geschäftsführer von foodwatch  
International. Denn diese Abkommen „sind ein Türöffner für einen noch  
stärkeren Einfluss von Konzerninteressen auf die Politik in Europa – zum  
Nachteil von Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz“.  
  
Nun muss das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe prüfen, ob „EU only“  
mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist.  
  
Weitere Infos sowie Links zur Verfassungsbeschwerde und  
Hintergrundinformationen gibt es unter www.verfassungsbeschwerde.eu  
<<http://www.verfassungsbeschwerde.eu>>.   
  
\*+ + + TTIP reloaded + + +\*  
  
Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit fanden letzte Woche Gespräche für  
ein neues Handelsabkommen der EU mit den USA statt. Grundlage dafür sind  
zwei Verhandlungsmandate, die der EU-Ministerrat Mitte April  
verabschiedet hat. Zum ersten Mal in der Geschichte der  
EU-Handelspolitik wurde die Zustimmung zu den Mandaten nicht im Konsens  
erreicht, sondern per Mehrheitsbeschluss gegen die Stimme Frankreichs  
durchgesetzt (Belgien hat sich enthalten). \*Ein deutliches Zeichen  
dafür, dass es sich bei TTIP 2.0 um ein umkämpftes Projekt handelt!  
\*Frankreich befürchtet unter anderem den Einbezug der Landwirtschaft in  
die Verhandlungen und damit vor der Wahl zum EU-Parlament das  
Wiederaufflammen der Diskussionen um Chlorhühnchen, Hormonfleisch & Co.  
Der Landwirtschaftsbereich ist zwar von den aktuellen EU-Mandaten nicht  
abgedeckt; könnte jedoch jederzeit über das alte TTIP-Mandat wieder auf  
dem Verhandlungstisch landen. Dass diese Befürchtung alles andere als  
aus der Luft gegriffen ist, bestätigte erst kürzlich Gordon Sondland,  
der US-Botschafter bei der EU: \*Ein Handelsabkommen der EU mit den USA  
werde nur unter Einbezug der Landwirtschaft zustande kommen\*, sagte er  
nach Informationen des Nachrichtenportal Euractiv  
<<https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/no-trade-deal-without-agriculture-warns-us-ambassador-to-the-eu/>>.  
  
  
Auch aus zivilgesellschaftlicher Perspektive gibt es deutliche Kritik an  
den aktuellen Verhandlungen. Zwölf Organisationen, darunter Attac, BUND,  
Campact und Greenpeace, hatten bereits Anfang April einen \*Offenen Brief  
an Bundeswirtschaftsminister Altmaier  
<<https://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/ttip-20-altmaier-muss-eu-mandate-fuer-handelsgespraeche-ablehnen>>\*  
veröffentlicht. Darin forderten sie, die Verhandlungsmandate der  
EU-Kommission abzulehnen und „in Deutschland einen breiten Prozess zu  
gestalten, ob und unter welchen Bedingungen sowie mit welchen Inhalten  
Verhandlungen mit den USA geführt werden sollen“.  
  
Doch \*offensichtlich haben Bundesregierung und EU-Kommission aus den  
Protesten gegen intransparente Handelsverhandlungen wenig gelernt\*: Die  
Arbeitsgruppe, die die aktuellen Verhandlungen vorbereitete, arbeitete  
im Geheimen; selbst Informationen über ihre Mitglieder wurden nicht  
veröffentlicht. Nach Informationen von LobbyControl ist bei den  
Verhandlungen zur regulatorischen Kooperation zudem unklar, auf der  
Basis welchen Mandates sie überhaupt stattfinden. Mehr Informationen zur  
„skandalösen Intransparenz“ sowie der Kritik an regulatorischer  
Kooperation in Handelsabkommen gibt es im Blogbeitrag von LobbyControl  
<<https://www.lobbycontrol.de/2019/05/ttip-2-0-exportindustrie-setzt-bundesregierung-unter-druck>>.   
  
\*+ + + Mercosur + + + \*  
  
Diese Woche fanden weitere technische Verhandlungen zum geplanten  
Handelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien,  
Paraguay und Uruguay statt. Aus Sicht der EU-Kommission ist ein  
politischer Abschluss der Verhandlungen noch während der Amtszeit der  
Handelskommissarin bis Ende Oktober möglich. Auch die Bundesregierung  
unterstützt die Verhandlungen weiterhin. Dabei hält die brasilianische  
Regierung „an ihren Plänen zur weiteren Entwaldung des Amazonas, der  
Missachtung von Indigenen-Rechten, der Absenkung von Umweltstandards in  
der Landwirtschaft und im Bergbau sowie der Kündigung des  
Klimaabkommens“ fest, wie Markus Wolter (Misereor) und Tobias Reichert  
(Germanwatch) in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau  
<<https://www.fr.de/meinung/europa-regenwald-bedroht-12200393.html>>  
darlegen. Unter diesen Bedingungen halten sie den Abschluss eines  
Handelsabkommens mit Mercosur für „unverantwortlich“.  
  
Auch die Wissenschaft hat sich mittlerweile zu Wort gemeldet: Über 600  
europäische Wissenschaftler\*innen veröffentlichten, gemeinsam mit zwei  
großen Dachverbänden der brasilianischen indigenen Bevölkerung, einen  
Brief im Fachmagazin Science  
<<https://science.sciencemag.org/content/364/6438/341.1>>. Darin rufen sie  
dazu auf, den Schutz der Umwelt und von Menschenrechten in dem Abkommen  
sicherzustellen. Die EU solle das Mercosur-Abkommen nur abschließen,  
wenn Brasilien die Rechte der indigenen Bevölkerung respektiert und  
gemeinsam mit ihr strenge Sozial- und Umweltstandards für Handelsgüter  
definiert.   
  
\*+ + + Veröffentlichungen + + + \*  
  
\*Videoclips zu Menschenrechtsverletzungen in der globalisierten Wirtschaft\*  
  
Im April 2013 starben beim Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in  
Bangladesch 1135 Menschen. Die Fabrikbetreiber hatten die Angestellten  
gezwungen, die Arbeit aufzunehmen, obwohl am Vortag gefährliche Risse in  
den Mauern festgestellt worden waren. Der Name Rana Plaza steht seitdem  
stellvertretend für viele Menschenrechtsverletzungen in der  
Weltwirtschaft, von denen die meisten jedoch kaum in den Fokus der  
Medienöffentlichkeit geraten. Attac hat mehrere Videoclips produziert.  
Sie unterstreichen die Forderung, Menschenrechte entlang der gesamten  
Lieferkette durchsetzbar zu machen.  
  
Die Videoclips sind zu sehen unter  
  
<https://youtu.be/W2kUQUQWgpA> (Textilindustrie)  
  
<https://youtu.be/zRp6457BWgM> (Kohleverstromung)  
  
<https://youtu.be/DkhGBM4wDFM>  (Palmöl)  
  
\*FactSheet – Mit Konzernklagen gegen Umweltschutz\*  
  
Handelspolitik und Umweltschutz hängen zusammen! Das FactSheet von BUND,  
attac, dem Forum Umwelt und Entwicklung und PowerShift bietet einen  
Überblick über die aktuellen Daten und Fakten zu ISDS-Klagen mit Bezug  
zu Umwelt. Es zeigt außerdem anhand einiger Beispiele die negativen  
Auswirkungen von Konzernklagerechten auf den Umweltschutz. Besonders  
deutlich wird dies im Fall Chevron gegen Ecuador: Chevron hat im  
Amazonasgebiet in Ecuador eines der schlimmsten Umweltkatastrophen  
verursacht. Gegen die Zahlungen, die das Unternehmen für die Säuberung  
der Umwelt leisten sollte, klagte Chevron erfolgreich vor einem  
Schiedsgericht! Am 21. Mai, dem 6ten Globalen Anti-Chevron-Tag, werden  
wieder weltweit tausende Menschen gegen das Öl-Unternehmen Chevron  
protestiert.  
  
Das FactSheet steht hier zum Download bereit:  
<https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/05/Mit-Konzernklagen-gegen-Umweltschutz-web.pdf>  
  
Oder bestellen sie die Druckversion mit einer Email an  
jeremy.oestreich@power-shift.de <jeremy.oestreich@power-shift.de>  
  
\*10 Dinge, die du über ISDS wissen solltest\*  
  
Das aktuelle Flugblatt bietet eine allgemeinverständliche, knappe und  
präzise Erklärung der zehn wichtigsten Punkte, die man über  
Investor-Staat-Schiedsverfahren wissen sollte.  
  
Herausgegeben von PowerShift e.V. und Forum Umwelt und Entwicklung  
  
Download unter  
[2019/01/10-Dinge-die-du-%C3%BCber-ISDS-wissen-solltest-Webversion.pd">https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/01/10-Dinge-die-du-%C3%BCber-ISDS-wissen-solltest-Webversion.pd](https://power-shift.de/wp-content/uploads/%3cspan%20class=)  
  
\*+ + + Termine + + + \*   
  
Großdemonstrationen „Ein Europa für Alle: Deine Stimme gegen Nationalismus!"  
  
\*19. Mai 2019, 12 Uhr in Hamburg, Berlin, Leipzig, Köln, Frankfurt,  
Stuttgart, München sowie in weiteren europäischen Städten\*  
  
Eine Woche vor den EU-Wahlen rufen zahlreiche zivilgesellschaftliche  
Organisationen – darunter viele Mitglieder im Netzwerk Gerechter  
Welthandel – dazu auf, für die Zukunft Europas und gegen Nationalismus  
auf die Straße zu gehen. Gemeinsam streiten sie für die Vision eines  
anderen Europas, das unter anderem als Gegengewicht zum massiven  
Einfluss der Konzerne fungiert, statt Privatisierung, Deregulierung und  
neoliberale Handelsabkommen voranzutreiben.  
  
Alle Informationen unter <https://www.ein-europa-fuer-alle.de/>  
  
Deutscher evangelischer Kirchentag  
  
\*19.-23. Juni 2019, Dortmund\*  
  
Beim diesjährigen evangelischen Kirchentag bietet PowerShift einen  
Workshop „Gerechte Handelspolitik - Aktuelle Entwicklungen in der  
Handelspolitik, was folgt auf TTIP und CETA“ an. Dieser findet am  
Samstag 22.6. um 11:00 Uhr im Zelt 14b statt. Eine Anmeldung ist nicht  
erforderlich. Attac ist auf dem "Markt der Möglichkeiten" in der Halle 6  
mit einem Stand vertreten. Dort kann die Petition „Menschenrechte  
schützen –Konzernklagen stoppen!“ ebenfalls unterzeichnet werden.  
  
Attac-Sommerakademie  
  
\*31. Juli - 4. August 2019, Bochum\*  
  
Unter dem Motto „Vom Leben auf Kosten anderer zum guten Leben für alle!“  
finden im Rahmen der Attac-Sommerakademie fast 100 Seminare, Workshops  
und Foren statt. Die Teilnehmer\*innen setzen sich mit der neoliberalen  
Globalisierung auseinander, entwickeln Alternativen weiter und  
diskutieren neue Positionen. Die Sommerakademie ist zentraler Treffpunkt  
für Interessierte, Jung und Alt, Attacies und andere Aktivist\*innen  
gleichermaßen.  
  
Unser Tipp: An den Vormittagen des 2. und 3. August findet das Seminar  
„Handelspolitik verändern: Menschenrechte schützen - Konzernklagen  
stoppen“ statt. Es beschäftigt sich am ersten Tag mit der WTO und der  
EU-Freihandelsagenda, am zweiten Tag mit Sonderklagerechten für Konzerne  
(ISDS & Co.) und dem UN Binding Treaty. Das ideale Seminar für alle, die  
sich für die Hintergründe von Investor-Staats-Schiedsverfahren (ISDS)  
interessieren und daran arbeiten möchten, Konzernmacht einzudämmen und  
stattdessen Menschenrechten Vorrang vor Handels- und Investitionsrecht  
zu geben. Und natürlich für alle, die in der aktuellen europaweiten  
Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“ aktiv werden  
möchten!  
  
Programm und Anmeldung: <https://www.attac.de/sommerakademie/>  
  
   
Sie wollen noch mehr Informationen zur Handelspolitik? Dann besuchen Sie  
unsere Webseite www.gerechter-welthandel.org  
<<https://www.gerechter-welthandel.org/>>, unsere Facebook-Seite  
www.facebook.com/netzwerkgerechterwelthandel  
<<http://www.facebook.com/netzwerkgerechterwelthandel>> oder folgen Sie  
uns auf Twitter <https://twitter.com/NetzWelthandel>.   
  
Der nächste Newsletter erscheint in ca. 4-6 Wochen.   
  
\*Falls Sie den Newsletter abbestellen möchten, tragen Sie sich unter  
folgendem Link aus:  
\*\*https://www.gerechter-welthandel.org/newsletter-abbestellen\*\*aus; oder  
schreiben Sie eine Email an: \*\*newsletter@gerechter-welthandel.org\*  
<newsletter@gerechter-welthandel.org>\*.\*  
  
Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter  
<https://www.gerechter-welthandel.org/datenschutzerklaerung>.  
  
  
Impressum:  
  
Forum Umwelt und Entwicklung  
  
Marienstraße 19-20  
  
  
10117 Berlin